

FriEnt-Team

FriEnt-Fachgespräch „Sicherung der Landrechte in Kambodscha III“

Im Vorfeld der deutsch-kambodschanischen Regierungskonsultationen in Phnom Penh lud FriEnt am 17. November zu einem Fachgespräch zur Sicherung der Land- und Menschenrechte ein. Ziel des bereits dritten Treffens zum Thema war es, sich über aktuelle Vorhaben im Landsektor auszutauschen und Ansätze für eine menschenrechtsbasierte und konflikt sensible Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

Ausgehend von Inputs zum Stand der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Landsektor und zur BMZ-Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger (SEWOH), tauschten sich die Teilnehmenden im ersten Teil über die Umsetzung und das Monitoring der jeweiligen Vorhaben im Bereich Landreform und ländliche Entwicklung aus. Im zweiten Block standen Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Akteure im Vordergrund.

Die Teilnehmenden äußerten zunächst große Besorgnis über die zunehmende Anspannung innerhalb Kambodschas. Das Konflikt- und Eskalationspotenzial innerhalb der Gemeinden nehme aufgrund der politischen Polarisierung zwischen Regierungs- und Oppositionspartei (CCP vs. CNRP) und der stärker werdenden Ressourcenkonflikte spürbar zu. Der Bedarf an Mediation, Gewaltdeeskalation und Konfliktbearbeitungsmechanismen sei hoch.

Gerade vor diesem Hintergrund teilten die Teilnehmenden die Sorge um den immer kleiner werdenden Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Akteure. Ein zentrales Problem seien intransparente Gesetzgebungsprozesse, die sich negativ auf die Arbeit der Zivilgesellschaft auswirken. Auch in der Zusammenarbeit mit Parlamentsabgeordneten bestehen Restriktionen, die die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure erschweren. So dürfen sich kambodschanische Parlamentarier nur nach Genehmigung des Präsidenten des Parlaments mit NRO beraten. Im politischen Dialog mit der kambodschanischen Regierung müsse daher mehr Transparenz bei Gesetzesvorhaben eingefordert werden. Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Verhinderung von restriktiver NRO-Gesetzgebung seien weitere zentrale Anliegen der Zivilgesellschaft.

Inhalt

FriEnt-Team

[FriEnt-Fachgespräch „Sicherung der Landrechte in Kambodscha III“](#) 1

[Menschenrechte und Friedensförderung zusammen denken – und umsetzen!](#) 2

[Kollegialer Austausch zur Syrienkrise](#) 4

Aus den Mitgliedsorganisationen

[Stellungnahmen zum Umsetzungsbericht des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention“](#) 5

[BMZ/GIZ/KFW: Überarbeitetes Factsheet zum Peace and Conflict Assessment \(PCA\)](#) 5

[GIZ: Kontext- und konflikt sensible Wirkungsmonitoring](#) 6

[BMZ: Aktuelles vom International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding](#) 7

[ZIF: Konfliktbearbeitung in der Ukraine](#) 8

[hbs: Frauen an die Friedentische – Strategien gegen sexualisierte Kriegsgewalt](#) 9

[Misereor: Mexiko – Ein fast vergessener Konflikt](#) 10

[FES: Friedenssicherung in Afrika – Ist ein gemeinsames Vorgehen von Deutschland und Frankreich in Sicht?](#) 11

Impuls-Artikel (#100!)

[Friedensförderung Post-2015: Eine Frage globaler Nachhaltigkeit](#) 13

FriEnt Tipps & Infos

[Ban Ki-moon veröffentlicht Synthesebericht zur Post-2015-Agenda](#) 15

[Gesellschaftliche Transformation in Nordafrika: Ernüchterung angesichts eingeschränkter Handlungsspielräume?](#) 16

[Deutsche Evaluierungspraxis: Dringender Aufholbedarf](#) 17

Auch das Vertrauen der Bevölkerung in gerichtliche Verfahren schwindet. Die Teilnehmenden regten daher die Einrichtung von Schlichtungsstellen und die Förderung der Ausbildung von Mediatoren an. Außergerichtliche Verfahren zur Schlichtung von Landkonflikten, ähnlich wie sie unter anderem in den FAO-Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern (VGGT) angelegt sind, seinen wichtige Mechanismen, um der Kriminalisierung lokaler Akteure entgegen zu wirken.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, FriEnt
caroline.kruckow@frient.de

Links & Literatur

[FriEnt-Homepage Landkonflikte](#)

[Cambodia at a Crossroads - New Laws Would Limit Freedoms](#)

Cooperation Committee Cambodia

[Calling for Urgent Land Disputes Resolution in Cambodia](#)

NGO Forum on Cambodia

[Landgrabbing in Kambodscha. Zuckerrohrplantagen, Menschenrechtsverletzungen und die Handelsinitiative „Alles außer Waffen“ der Europäischen Union](#)

FIAN-Studie | 2014

[„Kambodscha und Vietnam sind auf einem guten Weg“](#)

BMZ-Pressemitteilung zur Staatssekretärsreise nach Kambodscha

Studien von FIAN und anderen belegen, dass der Landraub in Kambodscha weiter fortschreitet und weisen wiederholt auf menschenrechtliche Verpflichtungen der kambodschanischen Regierung hin, die nicht eingehalten werden. Datenmaterial und Aufrufe von verschiedenen kambodschanischen Netzwerken und Menschenrechtsorganisationen belegen einen weiteren Anstieg von Landkonflikten im Zusammenhang mit vergebenen Konzessionen an Investoren, sowie gewaltsame Vertreibungen und Kriminalisierung von lokalen Akteuren, die das Vorgehen der Regierung kritisieren und für ihre Rechte demonstrieren. Auch das Thema kommunale Landregistrierung wurde angesprochen und warf nicht zuletzt wegen der hohen Registrierungskosten Fragen auf, die in einem Folgetreffen nochmal vertiefter zu behandeln sein werden. Für die indigenen Gemeinschaften ist dies von besonderer Bedeutung.

Einen wichtigen Anknüpfungspunkt für den Landsektor bieten die VGGT und es wurde begrüßt, dass die staatliche EZ die VGGT für ihr Engagement in Kambodscha zu einem Referenzdokument gemacht hat. Vorschläge zur Sicherung der Land- und Menschenrechte und positive Beispiele – etwa zum Abgleich von nationalen Gesetzesvorhaben mit den Anforderungen der VGGT – sollten aufgearbeitet und auch in den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zum Thema Wirtschafts- und Menschenrechte eingebracht werden.

Das Fachgespräch bot außerdem die Gelegenheit zur Abstimmung der verschiedenen Akteure im Bereich Landrechte. Die

Klärung unterschiedlicher Rollen wurde als hilfreich erachtet, um eventuelle Konfliktpotenziale zu erkennen und auf deren konstruktive Bearbeitung hinzuwirken. Do-No-Harm sei ein zentraler Aspekt für das weitere Engagement. Die Frage, wie ein konstruktiver aber auch kritischer Dialog auf allen Ebenen beibehalten und/oder etabliert werden kann, ist von großer Bedeutung und soll im Rahmen des FriEnt-Austausches weiter vorangetrieben werden.

Menschenrechte und Friedensförderung zusammen denken – und umsetzen!

Für die Überwindung struktureller und kultureller Konfliktursachen haben sowohl Konflikttransformation wie auch Menschenrechtsarbeit eine hohe Relevanz. Die Einsicht, dass sich die Ansätze gegenseitig bedingen und verstärken müssen, führt zu Fragen um integrierte Ansätze an deren Schnittstellen. Gleichzeitig zeichnet sich oftmals ab, dass sich Realität nicht an starre Einteilungen hält: Die Arbeit von Partnerorganisationen wie auch externen Akteuren ist davon betroffen, dass vor Ort Straflosigkeit und mangelnde Rechtsstaatlichkeit die Verschärfung von Konflikten fördert, die Einschränkung von Handlungsspielräumen von Zivilgesellschaft durch Diffamierung, Repression, Kriminalisierung und Verfolgung zur generellen Praxis wird und Räume für Dialog schwinden.

Daher fragte ein Arbeitsgespräch am 11. Dezember in Bonn nach den Erfahrungen und offenen Fragen aus der Praxis an der Schnittstelle von Menschenrechten und Friedensförderung. Anna Leissing, KOFF/swisspeace, analysierte Chancen und Grenzen am Beispiel Guatemala. Ihre Schlussfolgerungen auf konzeptioneller und praktischer Ebene verdeutlichten die Auswirkungen von Ansätzen der Menschenrechtsarbeit und Konflikttransformation auf Konfliktodynamiken: Werden Menschenrechte zur Ermächtigung marginalisierter Gruppen gegenüber dem Staat von der nationalen bis hin zur internationalen Ebene geltend gemacht, sind für die Beförderung des politischen Willens ein Umgang mit den Interessen und Ängsten der Eliten sowie die Stärkung von Kapazitäten staatlicher Akteure wichtig.

Ansonsten liegt die Zuschreibung von Menschenrechten als Parteinahme im Konflikt nahe und ihre Nicht-Implementierung kann zu Frustration und Radikalisierung des Widerstands führen – was wiederum erhöhte Repression und oftmals Militarisierung nach sich zieht. Die für die Konflikttransformation charakteristischen partizipativen, inklusiven und lösungsorientierten Prozesse zur Aushandlung verschiedener Interessen und Befriedigung von Bedürfnissen greifen dann zu kurz, wenn beispielsweise bei Dialogansätzen die Befähigung zentraler Akteure verfolgt wird, grundlegende Konfliktursachen aber nicht angegangen werden. Dialog kann auch zur Durchsetzung von Interessen missbraucht werden und damit illegitime Strukturen und Mechanismen noch verstärken.

In einer Radikalisierung von Diskursen werden die Begriffe von beiden Seiten instrumentalisiert á la „Menschenrechte gefährden den nationalen Frieden und die Versöhnung und dienen internationalen Interessen als Tarnung“ - „Wir werden mit niemandem in Dialog treten, der unsere Rechte missachtet. Wir wollen keinen Dialog, sondern unsere Rechte. Frieden ist bloß ein weiteres Mittel der Mächtigen für Unterdrückung.“ Hier zeigt sich, dass gemeinsame Analyse- und Lernprozesse, eine verstärkte Kommunikation, Kooperation und Prozessgestaltung von Menschenrechts- und Konflikttransformationsansätzen notwendig sind.

In der Diskussion wurde herausgestellt,

- dass Grundannahmen der Konflikttransformation und Menschenrechtsarbeit explizit gemacht werden sollten. In diesem Zusammenhang ist zudem eine Klarheit über Entwicklungsgagenden und der damit verbundenen Konzepte wichtig.
- dass Zielsetzungen, Zeitpunkt und Interventionsstrategien abhängig sind vom Kontext, der Konfliktphase, Konfliktodynamik, Wahrnehmungen des Konflikts, zentralen Themen, involvierten Akteuren und möglichen Partnern. Die Vorteile der Ansätze von Menschenrechtsarbeit und Konflikttransformation sollten genutzt werden, um gegenseitig Schwachstellen in Analyse und Umsetzung zu entschärfen.
- dass die Auswirkungen globaler politischer Ökonomien auf die Gestaltungsmöglichkeiten im nationalen Kontext eine wichtige Rolle spielen und daher bei der Analyse von der lokalen bis hin zur internationalen Ebene in den Blick genommen werden müssen.
- dass für den Umgang mit Machtasymmetrien die Analyse alleine nicht hinreichend ist. Vielmehr bedarf es einer Risikoeinschätzung, welche die (politischen) Auswirkungen von Strategien und Interventionen berücksichtigt. Eine wichtige Rolle spielen Sicherheitsstrategien der lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure.

Weitere Informationen

Anja Justen, FriEnt
anja.justen@frient.de

Links & Literatur

[KOFF/swisspeace: Human Rights and Conflict Transformation](#)

In der Weiterbearbeitung der vielen offenen Fragen ist die Klärung zentraler Begriffe und Ansätze wichtig. Mit der aus dem Kontext hergeleiteten Rolle externer Akteure geht zudem eine Reihe an Herausforderungen in der Ausgestaltung von Partnerorientierung einher.

Gewünscht werden weitere Lern- und Austauschprozesse zu Stärken und Schwächen der verschiedenen Ansätze und die Sammlung von Erfahrungen zur methodischen Ausgestaltung integrierter Ansätze anhand von Beispielen aus der Praxis.

Kollegialer Austausch zur Syrienkrise

Zum vierten Mal seit 2013 lud FriEnt zum kollegialen Austausch zur Syrienkrise ein. Die Teilnehmenden informierten sich gegenseitig über aktuelle Entwicklungen und tauschten Lernerfahrungen aus der Arbeit vor Ort sowie der politischen Arbeit in Deutschland aus. Grundlage des Treffens bildete die Aktualisierung des internen Mappings von Partnern und Projekten, an dem sich derzeit neun deutsche Organisationen beteiligen. Die Übersicht soll helfen, Synergien zu schaffen und Lernerfahrungen gezielter austauschen zu können.

Die Zusammenschau verdeutlichte, dass das Hauptaugenmerk der teilnehmenden Organisationen gegenwärtig im Bereich der Not- und Übergangshilfe in Syrien und den Anrainern liegt und durch weitergehende bedarfsorientierte Angebote für Flüchtlinge, intern Vertriebene und aufnehmende Gemeinden flankiert wird. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit und Förderung ziviler regimekritischer Akteure und Institutionen aus Syrien ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld.

Weitere Informationen

Bodo Schulze, FriEnt
bodo.schulze@frient.de

Links & Literatur

[SNAP: Monthly Regional Analysis for Syria \(RAS\) Report, November/December 2014](#)

[SNAP: Quarterly Regional Analysis for Syria \(RAS\) Report, October 2014](#)

[3RP: Regional Refugee & Resilience Plan 2015-2016](#)

[Paradoxes of presence. Risk management and aid culture in challenging environments](#)

ODI | 2013

Der syrische Kontext stellt aufgrund seiner Komplexität und der ausbleibenden politischen Lösungsoption besondere Herausforderungen an die vor Ort tätigen Organisationen. Lernerfahrungen aus anderen Ländern sind daher nicht ohne weiteres zu übertragen. Eine grundsätzliche Diskussion über Handlungsspielräume, Chancen und Risiken der strukturbildenden Entwicklungszusammenarbeit ist deswegen sehr wichtig.

So zeigte die Diskussion, dass der Zugang zur bedürftigen Bevölkerung in Syrien sowie der Umgang mit unterschiedlichen Risiken (politisch, institutionell, finanziell, personell) große Herausforderungen darstellen. Gleiches gilt für den Aufbau und die Pflege von lokalen Netzwerken. Diese seien zentral, um z.B. in der Zusammenarbeit mit syrischen Akteuren außerhalb des Landes bedarfsorientierte Angebote machen zu können, geeignete Partner und Teilnehmer zu identifizieren und darüber hinaus die kontinuierliche Fortführung der Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Neben kontextbezogenen Fragen identifizierten die Teilnehmenden auch technische bzw. konzeptionelle Herausforderungen, z.B. bei der zielgruppenorientierten Gestaltung von Maßnahmen im Bereich der Traumaarbeit und psychosozialen Betreuung. So gäbe es beispielsweise Lücken im Bereich der Adressierung (sexueller) Gewalt gegen Männer. Ein weiteres Augenmerk der Diskussion lag auf der Zunahme von Konflikten zwischen syrischen Flüchtlingen und den aufnehmenden Gemeinden. Diese entzündeten sich in erster Linie am Zugang zu Ressourcen, würden dann aber oftmals entlang von Identitäten fortgeführt.

Mediations- und Coachingangebote zwischen Flüchtlingen, Kommunen und der lokalen Bevölkerung seien daher von großer Bedeutung. Zugleich müsse aber auch die Steigerung der Kapazitäten lokaler und nationaler Systeme verstärkt in den Blick genommen werden, auch wenn die

Staatlichkeit, z.B. des Libanon, hierbei eine besondere Herausforderung darstelle. Welche Rolle der zukünftige Regional Refugee & Resilience Plan (3RP) in diesem Zusammenhang spielen könne, bleibt offen. Er wird in einigen Tagen gemeinsam von UNOCHA, UNHCR und UNDP in Berlin vorgestellt und soll helfen, Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit vor Ort besser zu verzahnen und die internationale Unterstützung verstärkt an nationalen Resilienzplänen auszurichten.

Der gemeinsame Austausch wird auch im nächsten Jahr fortgesetzt und sich der Vertiefung der aufgeworfenen Fragen und Herausforderungen widmen.

Aus den Mitgliedsorganisationen

Stellungnahmen zum vierten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“

Zum 10-jährigen Jubiläum der Verabschiedung des Aktionsplans Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung hat die Bundesregierung nun ihren vierten Umsetzungsbericht vorgelegt. Der Bericht soll am 15. Januar 2015 im Bundestag behandelt werden. Im Vorfeld der Debatte haben Netzwerke und Dachorganisationen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sowie der Beirat Zivile Krisenprävention Stellungnahmen zum Umsetzungsbericht vorgelegt.

Die Netzwerke wollen die Regierung und das Parlament in den für sie wichtigen positiven Ansätzen bestärken, aber auch Widersprüche aufzeigen und auf kritische Punkte aufmerksam machen. Mit Blick auf 2015/2016 zeigen sie in ihrer Stellungnahme konkreten Handlungsbedarf auf, wo es gilt, den „Vorrang für das Zivile“ (so die Formulierung des Umsetzungsberichts) einzulösen und weiterzuentwickeln.

Die Stellungnahme aus dem Beirat Zivile Krisenprävention begrüßt die anvisierte Bundestagsdebatte. Erstmals werde damit dieses Politikfeld an prominenter Stelle im Bundestag debattiert. Dies werten und begrüßen die Autoren als Ausdruck gewachsener Wertschätzung der zivilen Krisenprävention. In neun ausgewählten Bereichen beleuchtet die Stellungnahme die Maßnahmen und Vorschläge der Bundesregierung.

BMZ/GIZ/KFW: Überarbeitetes Factsheet zum Peace and Conflict Assessment (PCA)

Der Umgang mit Konflikt, Fragilität und Gewalt ist von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik: Knapp zwei Drittel der Kooperationsländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sind in ihrem Staatsgebiet oder in Teilregionen davon betroffen. Dies hat nicht nur negative Folgen für die Entwicklungschancen der betroffenen Länder, sondern kann auch ein Risiko für die regionale und globale Sicherheit darstellen.

Vor diesem Hintergrund hat das BMZ im März 2013 das Strategiepapier „Entwicklung für Frieden und Sicherheit – Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt“ verabschiedet. Ziel dieses Strategiepapiers ist einerseits, das entwicklungspolitische Engagement für Frieden und Sicherheit zu stärken. Andererseits soll die Handlungsfähig-

Links & Literatur

[Stellungnahme zum 4. Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung](#)

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Forum Menschenrechte, Konsortium ZFD und VENRO | 2014

[Internationale Verantwortung nach dem Krisenjahr 2014: Schub für zivile Krisenprävention?!](#)

Stellungnahme aus dem Beirat Zivile Krisenprävention | 2014

keit und Wirksamkeit der deutschen Entwicklungspolitik in von Konflikt, Fragilität und Gewalt geprägten Kontexten verbessert werden.

Weitere Informationen

Kathrin Lorenz, GIZ
kathrin.lorenz@giz.de

Links & Literatur

[Peace and Conflict Assessment Factsheet zum methodischen Rahmen „Peace and Conflict Assessment \(PCA\)“](#)

[Entwicklung für Frieden und Sicherheit. Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt.](#)
BMZ-Strategiepapier 4 | 2013

Das Peace and Conflict Assessment (PCA) ist der methodische Rahmen, mit dem die Erreichung dieser Ziele unterstützt werden soll. Die Methodik des PCA umfasst vier Elemente (Kontextanalyse, Relevanzbewertung für Frieden und Sicherheit, Umgang mit Risiken im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt und Wirkungsbeobachtung/ Vermeidung negativer Wirkungen).

Diese bauen aufeinander auf und stellen die bisher verfügbaren Methoden der Planung und Steuerung von Entwicklungsvorhaben im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt in einen kohärenten Zusammenhang. Gleichzeitig können die Elemente aber auch einzeln eingesetzt werden und sind nicht an eine starre Reihenfolge gebunden. PCA unterstützt damit das Management von Entwicklungsvorhaben im Zusammenhang von Konflikt, Gewalt und Fragilität und kann flexibel an die jeweiligen Kontexte, Ebenen und Bedarfe angepasst werden.

Ziel des Factsheets ist es, den methodischen Rahmen „Peace and Conflict Assessment“ zu erläutern und Leitfragen für die Anwendung zu benennen. Das Factsheet liegt in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch vor.

GIZ: Kontext- und konfliktsensibles Wirkungsmonitoring

In fragilen und von gewaltsamen Konflikten geprägten Kontexten ist es nicht nur schwierig, Wirkungen zu erzielen und nachzuweisen, sondern die Organisationen der deutschen EZ stehen vor der Herausforderung, dass sowohl die Umsetzung von Projekten als auch deren Monitoring ohne eine Verschärfung der konfliktiven und fragilen Situation geschieht.

Vor diesem Hintergrund hat die GIZ eine Handreichung zum „Kontext- und konfliktsensiblen Wirkungsmonitoring“ erarbeitet. In Ergänzung zum „Wirkungsorientierten Monitoringsystem“ (WoM) der GIZ erläutert die Handreichung zwei Aspekte des Monitoring: a) Wie kann ein Monitoring-System so aufgebaut werden, dass es besonders in fragilen und konfliktbetroffenen Projektumfeldern bestehende Konflikte nicht verstärkt, dass Auskunftspersonen durch die Datenerhebung nicht gefährdet werden, und der Do-No-Harm-Ansatz umgesetzt werden kann; b) Wie kann die Beobachtung und Reflexion über nicht intendierte Wirkungen einer EZ-Maßnahme so in das routinemäßige Monitoring integriert werden, dass das Projektmanagement konfliktverschärfende Wirkungen frühzeitig erkennt und Schritte zur Vermeidung dieser Wirkung rechtzeitig eingeleitet werden.

Die Handreichung folgt der Logik des Aufbaus eines Monitoring-Systems, gibt bei jedem Schritt grundsätzliche Hinweise und praktische Tipps und Beispiele für die Umsetzung. In einem Anhang werden einige zentralen Instrumente (u.a. Konfliktsensible Akteursanalyse, Do No Harm-Leitfragen) vorgestellt und erläutert. Damit bietet diese Handreichung auch über den engeren Rahmen von GIZ-unterstützten Projekten Anregungen und Hilfestellungen.

Weitere Informationen

Klaus Schreiner, GIZ
klaus.schreiner@giz.de

Links & Literatur

[Kontext- und konfliktsensibles Wirkungsmonitoring](#)
GIZ | 2014

BMZ: Aktuelle Entwicklungen im International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding

Der International Dialogue on Peacebuilding und Statebuilding (IDPS) ist ein Forum, das internationale Partner, fragile und von Konflikten betroffene Staaten sowie verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenbringt, um über effektivere Formen der Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Staaten zu debattieren. Ein bahnbrechendes Resultat dieses Dialoges ist die Verabschiedung des New Deals for Engagement in Fragile States (New Deal), der 2011 mit einer Geltungszeit von vier Jahren von mehr als 44 Staaten aus Entwicklungs- und Geberländern unterzeichnet wurde. Deutschland, repräsentiert durch das BMZ, ist seit 2008 ein aktives Mitglied im IDPS und hat ebenfalls 2011 den New Deal unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung des New Deal verpflichten sich Staaten und internationale Organisationen zu einer Reihe von Prinzipien im Umgang miteinander. Durch diese Prinzipien sollen fünf Kernziele – die Peacebuilding und Statebuilding Goals (PSGs) – erreicht werden.

Drei Jahre nach seiner Verabschiedung stellt sich nun die Frage nach dem Erfolg des New Deals und seiner Wirksamkeit, Realitäten in fragilen Staaten zu verändern. Nach Ende seiner Geltungszeit im Dezember 2015 wird entschieden, inwiefern das Mandat des New Deals verlängert wird. Das letzte Meeting der Steering Group des IDPS war hierauf ausgerichtet. Dort wurde entschieden, dass die nächsten 14 Monate entscheidend sind, um zu zeigen, was der New Deal tatsächlich verändert hat im Umgang mit fragilen Staaten. Der Work Plan des IDPS wurde daher im Anschluss an das Meeting auf Prioritätenbereiche herunter gebrochen, auf die der Fokus gesetzt werden soll. Diese Prioritäten liegen in drei Bereichen: 1. Global Advocacy, besonders in Bezug auf die Post-2015 Agenda, 2. New Deal Implementierung vor Ort, und 3. Engagement mit nicht DAC Geberländern, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft. Das BMZ spielt hierfür eine besonders wichtige Rolle, da es plant, entscheidende Elemente dieses Work Plans in 2015 zu finanzieren.

Hierzu gehört beispielsweise die Pilotierung eines neuen Instruments zum gemeinsamen Risikomanagement vor Ort, ein besseres Verständnis der Rolle von Entwicklungszusammenarbeit bei der Unterstützung des PSG 1 (Legitimate Politics), Outreach und Advocacy Tätigkeiten zur Post-2015 Agenda, sowie eine unabhängige Evaluation (Independent Review) der Arbeit des IDPS und des New Deals.

Ein weiteres wichtiges Element ist der New Deal Helpdesk. Dieser wird gemeinsam mit DFID vom BMZ getragen und ist eine wertvolle Funktion, um Mitglieder bei der Implementierung des New Deals zu unterstützen und die Kommunikation zwischen Mitgliedern sowie nach Außen zu erleichtern. Er bietet beispielsweise die Möglichkeit, konkrete Fragen zur Implementierung des New Deals an den Helpdesk zu stellen. Desweiteren wird zurzeit an einer neuen Website gearbeitet, auf der ein Re-

pertoire an Informationen zum Fortschritt in verschiedenen Mitgliedsstaaten, Guidance Notes sowie analytische Artikel zu übergreifenden Themen wie Peacebuilding und Statebuilding verfügbar sein werden. Der Helpdesk trägt somit zu der Verständlichkeit des New Deals bei.

Fortschritte in Ländern wie Somalia, Afghanistan, der Zentralafrikanische Republik und Guinea Bissau lassen die Hoffnung laut werden, dass der New Deal entscheidenden Einfluss auf die Zusammenarbeit von Geberländern, Regierungen in Partnerländern und der Zivilgesellschaft hat. Der aktuelle Ebola Ausbruch in drei unserer Partnerländer Guinea, Liberia und Sierra Leone – letzteres hat momentan den Ko-Vorsitz des IDPS inne – hat gezeigt, wie fragil Institutionen in Partnerländern oft sind und wie Schocks von Außen diese Länder in katastrophale Krisen stürzen können. Für den New Deal kann diese Krise als eine Chance gesehen werden, zu zeigen, wie die

Weitere Informationen

Miriam Möller, New Deal Help Desk
miriam.moeller@pbsbdialogue.org

Mario Stumm, BMZ
mario.stumm@bmz.bund.de

Links & Literatur

[International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding](#)

Prinzipien des New Deals in den drei Ländern bei der Antwort auf die Krise angewandt werden. Besonders für den Wiederaufbau der Länder, wenn die akute Phase der Krise überstanden ist, wird dies von essenzieller Bedeutung sein.

ZIF: Konfliktbearbeitung in der Ukraine

Am 1. Dezember 2014 hat die EU-Beratungsmission (EUAM) ihre Tätigkeit in der Ukraine aufgenommen. Bereits seit März 2014 beobachtet die Special Monitoring Mission (SMM) der OSZE die Lage in der Ukraine; seit September überwacht sie den in Minsk vereinbarten Waffenstillstand. Beide Zivilmissionen sollen einen internationalen Beitrag zur Konfliktbearbeitung in der Ukraine leisten. Ihre Mandate decken aber nur ganz spezielle Aspekte der Konfliktdimensionen ab.

Ein ZIF Policy Briefing analysiert die zwei Dimensionen des Ukraine Konflikts und die Erfordernisse des internationalen Beitrags. Eine interne „Maidan-Dimension“ betrifft eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Verfasstheit, Gouvernanz und außenpolitische Orientierung des Landes. Und eine hauptsächlich externe „Destabilisierungs-Dimension“ wird im Wesentlichen von der russischen Hegemonialpolitik bestimmt.

Hinsichtlich beider Konfliktdimensionen ist es zunächst richtig, die weitere Herausbildung einer inklusiven politischen Nation zu unterstützen, die sich nicht durch eine ethnisch-sprachliche Abgrenzung, sondern ein freiheitliches Gesellschaftsbild definiert. Die gelebte entspannte Zweisprachigkeit der Ukraine bietet hierfür gute Voraussetzungen.

Zur Transformation der Maidan-Dimension gilt es zudem, die Gouvernanz zu verbessern. Vor allem gilt es, die gesellschaftliche Legitimität zu stärken: durch die soziale Absicherung der Reformfolgen, eine faire Lustration, Fortsetzung einer liberalen Sprachpolitik, glaubwürdige Sicherheitssektorreformen, Aufklärung der Gewaltereignisse des Maidan sowie Dialogmaßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene. Dabei ist auch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zu kooperieren, die eine gesellschaftliche Beteiligung einfordern und Watchdog-Funktionen übernommen haben. Unterstützung verdienen auch unabhängige Medien sowie Initiativen, die sich dem gesellschaftlichen Ausgleich widmen, z.B. den Ansätzen eines Geschichtsdialogs, der die polarisierenden Sichtweisen auf die identitätsprägenden Ereignisse der ukrainischen Zeitgeschichte hinterfragt, aber auch verbindende Elemente herausarbeitet.

Zur Transformation der Destabilisierungs-Dimension ist die Resilienz der Ukraine zu stärken, ohne dabei die Maidan-Dimension zu vernachlässigen. Im Bereich der internationalen Anstrengungen muss eine vermittelnde Diplomatie durch eine glaubwürdige Fortsetzung der Sanktionen unterfüttert werden. Auch die Abwehrkräfte der zivilen Institutionen und der Sicherheitskräfte der Ukraine sind zu stärken. Dass der Konflikt nur politisch gelöst werden kann, ist ein Allgemeinplatz. Doch wurde der Ukraine ein militärischer Konflikt aufgezwungen, dem politische Mittel alleine zu wenig entgegengesetzt. Ohne die legitime Gegenwehr wäre die Ukraine noch zu weit unvorteilhafteren politischen Kompromissen gezwungen gewesen als bisher.

Aus der Schnittstelle zur Maidan-Dimension ergibt sich die Notwendigkeit, die Demokratisierung durch eine sinnvolle Dezentralisierung zu begleiten. Von einer Föderalisierung ist dagegen unter den gegenwärtigen Bedingungen dringend abzuraten – sie birgt erhebliche Risiken, zur weiteren Destabilisierung instrumentalisiert zu werden.

Weitere Informationen

Andreas Wittkowsky, ZIF Analyse
a.wittkowsky@zif-berlin.org

Links & Literatur

[Ukraine: Konfliktdimensionen und der internationale Beitrag zur Konfliktbearbeitung](#)

ZIF Policy Briefing | Andreas Wittkowsky | 2014

[Die OSZE und der Waffenstillstand in der Ukraine: Vermitteln, Beobachten, Überwachen](#)

ZIF kompakt | Andreas Wittkowsky, Anna Kadar | 2014

hbs: Frauen an die Friedentische – Strategien gegen sexualisierte Kriegsgewalt

Die Luftbombardements in Syrien und Irak treffen nicht die Kämpfer des syrischen Assad-Regimes oder die Islamistischen Terrororganisationen, sondern in erster Linie die Zivilbevölkerung. Und: Ohne die Einbindung von Frauen wird es keine nachhaltigen Konfliktlösungen bei den gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und Irak geben. Darüber waren sich die Referentinnen des Fachgesprächs einig, zu dem Ende November 2014 das Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung Expert_innen aus Syrien und Irak nach Berlin eingeladen hatte. Das Ziel war zu klären, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Strategien Frauen mögliche Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene beeinflussen können, und wie das massive Problem der sexualisierten Kriegsgewalt zum Thema werden könnte.

Millionen Menschen in Syrien und im Irak leiden seit langem unter den gewaltsamen und brutalen Kämpfen und den massiven Menschenrechtsverletzungen und sind davor auf der Flucht. Vor allem an Frauen und Mädchen, aber auch an Männern und Jungen werden massivste geschlechtsbasierte Gewaltverbrechen begangen, sie werden vergewaltigt, verschleppt und versklavt – und zwar von allen Kriegsparteien. Und dennoch wurden und werden die Frauen, wie meistens in Krisen und Konfliktsituationen, von den bisherigen Verhandlungen zur Beendigung der blutigen Konflikte, etwa in Genf im Februar diesen Jahres ausgeschlossen.

Weitere Informationen

Gitti Hentschel, Leiterin Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung
hentschel@boell.de

Links & Literatur

[Sexualisierte Gewalt im Kriegskontext](#)
<http://www.gwi-boell.de>

Zwar wurde eine Delegation von syrischen Frauen aus der Zivilgesellschaft in Genf vom UNO-Vermittler Lakhdar Brahimi ausdrücklich begrüßt, doch danach verschwand er wieder. Was die Frauen diskutierten und zu sagen hatten, wurde von ihm wie von der gesamten Delegation der Kriegsparteien nicht mehr zur Kenntnis genommen, berichtete Madeleine Rees, Generalsekretärin der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“, und Teilnehmerin oder Beobachterin verschiedener internationaler Verhandlungsprozesse in ihrem Einführungsvortrag. Kritisch analysierte sie die in Kriegen besonders ausgeprägten geschlechtsspezifischen Rollenbilder und entsprechenden Narrative: die Männer als tapfere Soldaten, die Frauen in der Rolle der Opfer. Dem Narrativ folgend sind weinende Frauen in Verhandlungen fehl am Platze. Entsprechend zeigt die UN-Resolution 1325, die die notwendige Beteiligung von Frauen in Friedensverhandlungen vorschreibt, bisher kaum Wirkung. Erst wenn diese Narrative aufgebrochen und unterlaufen werden, werden auch Rollenmuster aufbrechen, so Rees. Dazu gehört auch herauszustellen, dass Männer wie Frauen Opfer werden.

Unterschiedliche Perspektiven auf die Probleme und Erfahrungen geschlechterspezifischer und besonders sexualisierter Gewalt in den Konfliktgebieten Irak und Syrien stellten dann drei Referentinnen aus den Konfliktgebieten zur Diskussion: Mariah al Abdeh, syrische Aktivistin und Geschäftsführerin der zivilgesellschaftlichen Organisation „Soriyat for Development“ skizzierte die Situation der Frauen in Syrien und ihre zum Teil kämpferische und stabilisierende Rolle in der Revolution 2011 und bis heute. Ala Ali, Expertin für Konfliktanalysen und Demokratiedebau und Vorstandsmitglied der irakischen NRO Al-Amal Association hob die problematische Situation von Frauen in der irakischen Region Anbar hervor. Viele Frauen werden dort an Al-Qaida-Mitglieder zwangsverheiratet. Die Ehen sind wie die darin geborenen Kinder nicht registriert, Frauen wie Kinder haben keinen Rechtsstatus, sind somit rechtlos, den Kindern ist der Zugang zu Schulen und dem Gesundheitssystem verwehrt. Die Folge: sie sind leicht für Milizen zu rekrutieren.

Iman Abou-Atta, Leiterin der NRO "Social Change through Education in the Middle East" präsentierte Ergebnisse aus der Studie „Karamatuna“ („Unsere Würde“), etwa zum Menschenhandel, der vor allem ein Verkauf irakischer Frauen und Mädchen ist, größtenteils mit dem Ziel sexueller Ausbeutung und zum Teil durch die eigenen Familienangehörigen. Ein Menschenhandel der, weltweit betrachtet, lediglich vom Handel mit Waffen und Drogen übertroffen wird, seit langem im Irak existiert und straflos bleibt. Doch während Syrien vor dem Krieg eines der erfolgreichsten Länder im Kampf gegen Menschenhandel war, ist es nun eines der zentralen Zielländer.

In der zweiten Diskussionsrunde u. a. mit Rajaa Altalli, Leiterin des „Center for Civil Society and Democracy in Syria“ und Mariam Jalabi, Mitglied des nationalen Verbindungsbüros der UN und des „Syrian Women Network“, standen die konkreten Herausforderungen und Strategien zur Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und zum Abbau der geschlechtsspezifischen Gewalt im Zentrum. Die bitteren Erfahrungen in den bisherigen Friedensprozessen und Verhandlungen in und um Syrien: Frauen sind nicht einbezogen, nicht einmal durch die UN. Gefordert wurde die systematische Institutionalisierung von Frauen aus der Zivilgesellschaft mit der entsprechenden Expertise am Friedensprozess. Doch wie dies zu erreichen ist, und darüber hinaus, wie geschlechterpolitische Themen in den Friedensprozessen berücksichtigt werden können, ist strategisch weiter zu entwickeln.

Misereor: Mexiko – Ein fast vergessener Konflikt

Lange war es ruhig um Mexiko in der deutschen Öffentlichkeit. Doch seit September 2014 bestimmen wieder Meldungen über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und Bilder der Gewalt auch die deutsche Medienlandschaft. Wir erfahren von einer Lokalregierung mit familiären Banden zu einem regional aktiven Drogenkartell, die lokale Ordnungshüter anweist, Studierende der Universität Ayotzinapa festzunehmen und an die Bandenmitglieder zu übergeben. In Ayotzinapa werden vor allem Bauern und Indigene aus ländlichen Gemeinden für das Lehramt ausgebildet. Das traurige Ergebnis dieses Falles aus Iguala im Bundesstaat Guerrero: 6 Tote und 43 Verschwundene.

Die direkte Betreuung und juristische Beratung der Familienangehörigen der verschwundenen Lehramtsstudent(inn)en – die nach jetzigem Stand der Ermittlungen wahrscheinlich ermordet wurden – haben die Menschenrechtszentren Tlachinollan und José María Morelos y Pavón aus Guerrero übernommen. Misereor unterstützt die Organisationen seit vielen Jahren. Vor allem die Situation des zuständigen Anwalts sowie des Leiters von Tlachinollan ist derzeit sehr schwierig. Neben enormer physischer und psychischer Belastung werden beide in der lokalen Presse als der Guerilla nahe stehend diffamiert. Das kann ihnen ihr Leben kosten.

Die Geschehnisse aus Iguala sind leider kein Einzelfall. Exemplarisch zeigen sie seit Jahrzehnten bestehende strukturelle Probleme Mexikos auf – wie Korruption, eine fast hundertprozentige Straffreiheit selbst für schwerwiegendste Menschenrechtsverletzungen und staatliche Strukturen, die die Kontrolle über die kriminellen Banden wie auch über den Sicherheitssektor verloren haben.

Bis zu 100.000 Tote und mindestens 26.000 „Verschwundene“ sind das traurige Erbe der Regierung Calderón, der 2006 den „Krieg gegen den Drogenhandel“ ausgerufen hatte. Trotz des gegenteiligen Diskurses, der sich vor allem auf die fortschrittliche Reformpolitik des Landes konzentriert, sind Gewalt, die Zahl an Morden und an Frauenmorden und die Zahl der „Verschwundenen“ auch unter der jetzigen Regierung Peña Nieto nicht zurückgegangen. Wer sich gegen die Strukturen der Gewalt und des Unrechts wehrt, riskiert sein Leben und seine Sicherheit. Opfer sind aber längst nicht nur politische Oppositionelle. Es kann jeden und jede treffen, der und die sich zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort befindet. Wiederholt wurde berichtet, dass auch

aus Deutschland gelieferte Waffen der Firma Heckler und Koch dabei von den Sicherheitskräften eingesetzt werden.

Die organisierten kriminellen Banden finanzieren sich mittlerweile nicht mehr nur über den Drogenhandel, sondern – wie im Bundesstaat Guerrero – auch über Entführungen und Erpressungen. Im Bundesstaat Michoacán z.B. erobern sie inzwischen sogar legale Wirtschaftszweige wie den Bergbau. Der Staat ist unfähig, die Banden in den Griff zu bekommen. Zudem sind staatliche Institutionen und deren Vertreter(innen) selbst immer wieder mehr oder weniger eng mit der organisierten Kriminalität verstrickt. Es ist anzunehmen, dass auch bundestaatlich agierende Vertreter(innen) des mexikanischen Staates wenigstens von der Korruption auf lokaler und regionaler Ebene längst wissen.

Eine über Jahrzehnte auf Militär- und Polizeieinsätze konzentrierte Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität hat zu einem hohen Grad an Militarisierung und zu einem Anstieg von Menschenrechtsverletzungen durch die Militär- und Polizeiangehörigen geführt. Den Drogenkartellen aber ist bisher kein Einhalt geboten.

Eine Reaktion der Bevölkerung auf die Ohnmacht des Staates ist die Gründung immer neuer Selbstverteidigungsgruppen (autodefensas). Im Bundesstaat Michoacán z.B. haben solche Gruppen Anfang des Jahres erfolgreich das dort aktive Drogenkartell in seine Schranken verwiesen. Nach einer erfolglosen Kriminalisierungskampagne gegen die „autodefensas“ blieb dem Staat als logische Konsequenz nur noch, die Selbstverteidigungsgruppen staatlich anzuerkennen und sie in die Lokalpolizei zu integrieren.

In einem solchen Kontext, der alles andere als förderlich für die Umsetzung einer menschenrechtsorientierten Politik und Praxis ist, verhandelt die deutsche Regierung gerade mit Mexiko über ein Sicherheitsabkommen. Es ist nicht auszuschließen, dass es u.a. auch die Weiterbildungen für eine korrupte und nicht funktionierende Polizei fördern könnte – einer Polizei, deren ernsthafter Wille zu rechtsstaatlichen Reformen bezweifelt werden darf.

Die Bundesregierung scheint u.a. aufgrund des starken Drucks aus der Zivilgesellschaft das geplante Sicherheitsabkommen zunächst auf Eis gelegt zu haben. Es wurde jedoch deutlich, dass die Verhandlungen, wenn auch unter Berücksichtigung von möglichen Menschenrechtsklauseln, weitergehen werden. Die berechtigte Sorge, dass ein solches Abkommen unter den gegebenen Bedingungen mehr dem internationalen Imagegewinn der mexikanischen Regierung dienen könnte als der Abwehr der organisierten Kriminalität und die Gefahr, dass es im schlechten Fall mehr Schaden als Nutzen könnte, sind damit nicht ausgeräumt. In einem gemeinsamen Schreiben haben Misereor und Brot für die Welt das Auswärtige Amt daher Ende November gebeten, anstelle eines allgemeinen und später zu konkretisierenden Sicherheitsabkommens der mexikanischen Regierung konkrete Maßnahmen der Zusammenarbeit mit der mexikanischen Bundesstaatsanwaltschaft anzubieten, die zur Aufklärung der zahlreichen Fälle von Verschwundenen und zur Beendigung der Straflosigkeit in Mexiko beitragen können.

FES: Friedenssicherung in Afrika – Ist ein gemeinsames Vorgehen von Deutschland und Frankreich in Sicht?

Die französisch-deutsche Achse in Europa ist Garant für den Frieden zwischen Lissabon und Vilnius. Gilt gleiches auch in und für Afrika? Verfolgen beide europäischen Länder eine abgestimmte Politik, oder überwiegen unterschiedliche Interessen und Strategien bei der Sicherung von Frieden, Nahrungsmittelsicherung, Rohstoffgewinnung oder der Unterstützung der jeweiligen

Weitere Informationen

Catharina Köhler, Misereor, verantwortlich für Projekte in Mexiko und Guatemala
catharina.koehler@misereor.de

Links & Literatur

Misereor unterstützt im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko die [Kampagne gegen das Polizeiabkommen](#)
www.mexiko-koordination.de

Regierung? Wie sieht der Anfang 2014 verkündete Schulterchluss in der Außen- und Sicherheitspolitik – mit dem Schwerpunkt bei der Bewältigung von Krisen in Afrika - zwischen Frankreich und Deutschland in der Realität aus?

Diesen und anderen Frage gingen politische Akteure, Wissenschaftler_innen und Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Diplomaten aus Mali, der Europäischen Union, Frankreichs und Deutschland Ende Oktober 2014 in Paris nach. Auf Einladung der FES und des französischen Instituts für Auslandbeziehungen (ifri) trafen sich rund 70 Expert_innen zu einer eintägigen Fachkonferenz, um über französisch-deutsche Synergien und Herausforderungen bei der Friedenssicherung zu beraten.

Für Frankreich, so der Abgeordnete François Loncle, blieben die gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Beziehungen insbesondere zu den ehemaligen afrikanischen Kolonien privilegiert. Gleichzeitig betonte der sozialistische Politiker, dass die französische Afrikapolitik im Umbruch sei: Das „Françafrique“ der 1980er Jahre, oft Synonym für die französische Unterstützung despotischer Regime und die Wahrung eigener Interessen in Afrika, gebe es nicht mehr.

Heute stehe ein gemeinsames Vorgehen, exemplarisch in der Formulierung einer kohärenten Sicherheitspolitik und mit den Missionen SERVAL (nunmehr BARKHANE) in Mali oder SANGARIS in Zentralafrika, mit den afrikanischen Ländern im Vordergrund.

Weitere Informationen

Oliver Dalichau, Referent Westliches Afrika und Zentralafrikanische Region der FES

oliver.dalichau@fes.de

Angelika Spelten, FriEnt

angelika.spelten@frient.de

Links & Literatur

www.ifri.org

www.fes-mali.org

www.fes.de/afrika

Bundesjustizministerin a.D., Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, betonte, wie sich das von Stereotypen geprägte Bild Afrikas in Deutschland aktuell ändern und diversifizieren würde. Auf diese Entwicklung müsse die deutsche Politik jedoch noch eigene Antworten finden, Interessen formulieren und sich sowohl thematisch als auch regional fokussierter als in der Vergangenheit mit den afrikanischen Ländern beschäftigen. Malische Regierungsvertreter und Repräsentanten der EU unterstrichen die Erwartungen gegenüber einer wahrnehmbaren Rolle der Bundesrepublik: Dass Deutschland versuche, die Rolle des „Junior-Partners“ zu verlassen, wertebundene Positionen entwickle und auch sicherheitspolitische Aufgaben in Afrika übernehme, wurde positiv bewertet.

Mehr Kohärenz des deutschen entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Engagements wurde dennoch angemahnt: Sie sei Voraussetzung für eine erfolgreiche, auf Frieden ausgerichtete Afrikapolitik. Die oftmals parteipolitisch unterschiedlich besetzten verschiedenen Bundesministerien und die besondere Rolle des Bundestages bei militärischen und außenpolitischen Entscheidungen mache Berliner Entscheidungen bei den französischen und afrikanischen Partnern nicht immer leicht nachvollziehbar. Obwohl die seit einigen Monaten gemeinsamen Reisen der Außenminister Laurent Fabius und Frank-Walter Steinmeier ermutigen würden, bleibt der Weg zu einer gemeinsamen deutsch-französischen Allianz in Afrika noch weit.

Ohne eine starke friedens- und zivilgesellschaftliche Komponente, da war sich Angelika Spelten von der Universität Duisburg-Essen und Teammitglied von FriEnt sicher, und allein mit militärischen Mitteln werde der Kampf gegen Unterdrückung und Extremismus weder mittel- noch langfristig zu gewinnen sein. Die zivile Konfliktbearbeitung sollte vielmehr unterstützt werden. Eine zwischen Frankreich und Deutschland besser abgestimmte Kooperation mit lokalen, regionalen oder internationalen Organisationen der Zivilgesellschaften könne das Spektrum nicht-militärischer Ansätze zur Friedensstabilisierung erweitern.

Einig waren sich die Diskutant_innen darin, dass Dialoge zwischen den beiden größten europäischen Ländern über das zukünftige Vorgehen in Afrika weiter nötig sind. Nur wenn es gelingt,

Verständnis und Informationen über die Pariser Beweggründe und Berliner Interessen auszutauschen und herzustellen, könnten sich die gemeinsamen Herausforderungen zu einem friedlichen und nach sozialen Maßstäben entwickelten afrikanischen Kontinents verwirklichen lassen.

Mit dem Blick auf weitere vielfältige Themen wurde vereinbart, dass die Diskussionen über französisch-deutsche Lösungsansätze in 2015 in Berlin weitergeführt werden sollen.

Impuls (#100!)

Friedensförderung Post-2015: Eine Frage globaler Nachhaltigkeit

Was lernen wir aus dem turbulenten Jahr 2014 für die Zukunft der Friedensförderung? Steckt in dem „Krisenjahr“ 2014 auch eine Perspektive für ein „Chancenjahr“ 2015? In diesem 100. Impuls-Artikel wirft Jörn Grävingholt einen Blick zurück und wagt einen hoffnungsvollen Ausblick auf das Jahr 2015.

1914. 1945. 1989. 2001. Manche Jahreszahlen bleiben wie Meilensteine auf dem Zeitstrahl des kollektiven Gedächtnisses haften. Wird 2014 einmal ein Jahr sein, an das man sich als ähnlich einschneidend, ja epochemachend erinnern wird?

Ja, sicherlich in der Ukraine. Und ja, wahrscheinlich auch in Teilen Westafrikas. Hoffentlich aber, so muss man wohl sagen, nicht als epochales Jahr für den Zustand der Welt, denn das verhieße nichts Gutes. Einstweilen wird 2014 als Krisenjahr in Erinnerung bleiben: als ein Jahr, in dem der längst überwunden geglaubte Ost-West-Konflikt plötzlich erstmals überhaupt zu einem heißen Krieg auf europäischem Boden wurde; in dem mit dem „Islamischen Staat“ eine neue Form terroristischer Kriegsführung in Erscheinung trat; in dem der alte Nahost-Konflikt um Israel und Palästina erneut eskalierte; in dem EU-Europa vor den Scherben seiner Flüchtlingspolitik stand; und in dem keine der anderen großen globalen Herausforderungen (Klimawandel, Ungleichheit) einer Lösung erkennbar näher gebracht wurde.

Die „Krise als Chance“ ist eine alte Denkfigur. Es liegt in der Natur der Chance, dass sie ungenutzt verstreichen kann. Daher kommt es zunächst darauf an, aus den Erfahrungen des „Krisenjahrs“ 2014 die richtigen Schlüsse zu ziehen. Das Jahr 2015, mit den großen internationalen Konferenzen und Prozessen und dem Plan, am Ende einen neuen Katalog global vereinbarter Ziele nachhaltiger Entwicklung stehen zu haben, bietet eine Gelegenheit, Pfade zu legen, die aus dem Syndrom sich verdichtender Krisen hinausweisen.

Was können wir mitnehmen aus 2014?

Es gibt mehr mitzunehmen aus diesem Jahr als das diffuse Gefühl, die Welt sei irgendwie aus den Fugen geraten. Denn 2014 war auch ein Jahr, in dem etwa in Deutschland so intensiv wie lange nicht darüber nachgedacht und öffentlich debattiert worden ist, wie die Übernahme von Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft in der „einen Welt“ aussehen sollte, wie all den neuen und alten Krisen verantwortlicher und wirksamer begegnet werden kann. „Review 2014“ und „Zukunftscharta“ waren dabei nur die institutionellen Kristallisationspunkte. Auch der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, der in diesem Jahr zehnjähriges „Jubiläum“ feierte, bot Anlass, einen frischen Blick auf das zu werfen, was Deutschland zur Förderung von Frieden weltweit beiträgt.

Neben vielen wichtigen Einzelheiten dieser Debatte, die sich etwa in den Stellungnahmen des Beirats für Zivile Krisenprävention (siehe oben) nachlesen lassen, bleibt vor allem ein Eindruck haften: Das Interesse an und die Aufmerksamkeit für die Förderung von Frieden mit zivilen

Mitteln nimmt erkennbar zu. Zwar verkürzen manche mediale Debatten die Übernahme von mehr Verantwortung noch immer ausschließlich auf die militärische Option. Doch so will ein weit überwiegender Teil der deutschen Bevölkerung den Ruf nach mehr Engagement keineswegs verstanden wissen. Laut einer Umfrage der Körber-Stiftung sprachen sich zwischen 80 und 85 Prozent der Befragten für mehr diplomatisches Engagement, Friedensförderung durch zivilgesellschaftliche Projekt und Abrüstungsbemühungen aus. Auch in Bundesregierung und Bundestag hat die Aufmerksamkeit zugenommen: Der im November vorgestellte regelmäßige Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan war erstmals Gegenstand einer mündlichen Erörterung im Kabinett, wurde zum Anlass einer Befragung von Minister Steinmeier im Bundestag und soll Anfang 2015 zum ersten Mal im Bundestagsplenum zur besten Tageszeit debattiert werden.

Was die bisherigen Debatten aber auch deutlich gemacht haben: Zur Selbstzufriedenheit besteht kein Anlass. Weder stehen die strukturellen, personellen und finanziellen Mittel der zivilen Friedensförderung einschließlich entsprechenden diplomatischen Engagements im angemessenen Verhältnis zur Dimension der Aufgabe (oder gar zu den Kosten auch nur einer einzigen militärischen Mission); noch wird genug getan, die Wirkungen des bestehenden Engagements, etwa in Afghanistan, systematisch und über die Grenzen von Ressortzuständigkeiten hinweg so zu untersuchen, dass zukünftige Mittel wirksamer und mit den richtigen Prioritäten eingesetzt werden können.

2014 hat auch gelehrt, dass scheinbar „alte“ Themen der Friedenspolitik keineswegs erledigt sind. Die Ukraine-Krise verdeutlicht, wie sehr etwa die Arbeit an einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur friedenspolitisch von enormer Bedeutung ist. Dahinter steht eine allgemeinere Lehre: Wirksame Friedensförderung muss auf vielen Arenen gleichzeitig stattfinden: Global und zwischen Staaten; in und mit von Gewaltkonflikten bedrohten Gesellschaften; und auch in jenen (vor allem „westlichen“) Gesellschaften, deren politischer und wirtschaftlicher „Fußabdruck“ weit über ihre Grenzen hinausgeht und die damit zur feindlichen Projektionsfläche gewaltsamer Heilsideologien werden können.

Welche Chance bietet 2015?

2015 wird ein Jahr, in dem viele Weichen für eine bessere globale Friedensarchitektur gestellt werden können (siehe dazu den Impuls-Beitrag vom November 2014 von Marius Müller-Hennig). Vor allem aber soll im Rahmen der Vereinten Nationen ein neuer Katalog globaler nachhaltiger Entwicklungsziele (SDGs) verabschiedet werden. Viele Akteure, darunter auch die Bundesregierung, setzen sich dafür ein, dass neben den vorgesehenen sozialen und ökologischen Dimensionen globaler Ziele auch die Erreichung von Frieden, inklusiven Gesellschaften sowie legitimen staatlicher Institutionen als gesondertes Ziel in die angestrebte Vereinbarung aufgenommen werden. Der momentan als „SDG 16“ diskutierte Vorschlag der „Open Working Group“, der zuletzt auch von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon unterstützt worden ist, weist dazu in die richtige Richtung, auch wenn die dort gefundene Formulierung hinter manchen berechtigten Erwartungen deutlich zurückbleibt.

Entscheidend ist aber, dass überhaupt ein substantielles Friedensziel Eingang in die „Post-2015“-Agenda findet. Die Verknüpfung der Friedensförderung mit der globalen Nachhaltigkeitsagenda bietet die Chance, der Umsetzung eingegangener Verpflichtungen im Kontext des Monitoring-Prozesses, der zusammen mit den SDGs vereinbart werden soll, zusätzlichen Schub zu verleihen. Für Länder wie Deutschland wird es dann darauf ankommen, nicht nur die Erreichung entsprechender Ziele bei sich zu Hause und für die eigene Bevölkerung zu dokumentieren, sondern auch die Beiträge, die zur Erhaltung und Förderung des Friedens weltweit geleistet werden. Effektive Beiträge zur zivilen Krisenprävention „vor Ort“ und im zwischen-

staatlichen Raum hätten in diesem Zusammenhang einen zentralen Platz. Doch auch die Wirkungen anderer Politikfelder (wie Rüstungsexporte, Handel, Migration, Finanzwirtschaft) werden an dem Maßstab zu messen sein, solche Handlungen zu unterlassen, die in anderen Ländern über kurz oder lang höchstwahrscheinlich konfliktverschärfend wirken. Einsatz für den Frieden als Frage globaler Nachhaltigkeit: Ganz im Sinne Immanuel Kants hieße das nicht zuletzt, jedes Handeln zu vermeiden, das Frieden gefährdete, wenn jeder andere genauso handelte.

Aufgaben kommen dabei nicht nur auf Regierung und Parlament zu. Auch zivilgesellschaftliche Akteure werden eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, einer naturgemäß zögerlichen Politik Mut zu machen, auch solche Verpflichtungen einzugehen, die Veränderungen zu Hause nach sich ziehen.

Zu hoffen ist, dass in einigen Jahren nicht das Krisenjahr 2014 im kollektiven Gedächtnis haften bleibt, sondern vielleicht ein Jahr 2015, in dem die Förderung von Frieden und legitimen, inklusiven staatlichen Institutionen als Teil einer globalen Nachhaltigkeitsagenda verankert wurden.

Dr. Jörn Grävingholt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und Ko-Vorsitzender des Beirats „Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung.

FriEnt Tipps & Info

Ban Ki-moon veröffentlicht Synthesebericht zur Post-2015-Agenda

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon hat seinen mit Spannung erwarteten Synthesebericht zur Post-2015-Agenda vorgestellt und damit die Grundlage für die finalen Verhandlungen gelegt, die Mitte Januar 2015 beginnen und im September zu einer Post-2015-Agenda führen soll.

Unter dem Titel "The road to dignity by 2030: Ending poverty, transforming all lives and protecting the planet" fasst der Synthesebericht die beiden wichtigsten Beiträge für die anstehenden Verhandlungen zusammen: die Empfehlungen der Offenen Arbeitsgruppe (OWG), die 17 Sustainable Development Goals erarbeitet hat; und den Bericht der internationalen Expertengruppe für die nachhaltige Entwicklungsfinanzierung (ICESDF).

Ban Ki-moon bestätigt die 17 Zielen und 169 überprüfbare Zielvorgaben aus dem OWG-Vorschlag grundsätzlich, empfiehlt aber eine leichte Neustrukturierung der Unterziele. Es ist gleichzeitig der Versuch, durch die Einführung von sechs Prinzipien, ein neues Narrativ einzuführen, um unter anderem die Kommunizierbarkeit zu erhöhen und die Umsetzung zu erleichtern:

Unter der Überschrift „Würde“ sollen Armut und Hunger bekämpft werden; in der Kategorie „Menschen“ geht es z.B. um den Aufbau von Gesundheitssystemen. Hinzu kommen „Planet“ (Schutz der Umwelt), „Wohlstand“ (Aufbau starker Volkswirtschaften), „Gerechtigkeit“ (Förderung von Sicherheit und Frieden) sowie „Partnerschaft“ (Solidarität zwischen armen und reichen Staaten).

Unklar bleibt, ob diese sechs Prinzipien mehr als ein Kommunikationsinstrument sind und darunter dann die 17 Ziele zugeordnet werden. Aber genau dies scheint im Moment die entscheidende Frage: Wird das mühsam geschnürte OWG-Paket nochmal aufgeschnürt und neu verhandelt oder bleibt es so wie es ist? Großbritannien hat bereits deutlich gemacht, dass es eine Reduzierung der SDGs auf 10 bis 12 Ziele für notwendig erachtet.

Weitere Informationen

Marc Baxmann, FriEnt
marc.baxmann@frient.de

Links & Literatur

[The Road to Dignity by 2030: Ending Poverty, Transforming All Lives and Protecting the Planet](#)

Synthesis Report of the Secretary-General On the Post-2015 Agenda

[No turning back: Mr Ban reaffirms a transformative, pro-peace vision for post-2015](#)

Saferworld | 2014

[Endspurt zur Post-2015-Agenda](#)

Bericht von der FriEnt-Dialogveranstaltung am 7. Oktober

Für das unter UN-Mitgliedstaaten keinesfalls unumstrittene „Friedenziel“ ist diese Debatte von besonderer Bedeutung: Diejenigen, die in der schlichten Existenz des Ziels 16 („Friedliche und inklusive Gesellschaften“) bereits nicht weniger als ein Wunder sehen, warnen davor, mit der Öffnung ein Einfallstor für die Gegner zu schaffen, um Themen wie Frieden und gute Regierungsführung wieder aus der SDG-Liste zu streichen. Andere heben hervor, dass das Ziel 16 alles andere als perfekt sei und auch falsche Anreize liefern könne, zum Beispiel in Bezug auf den Aufbau staatlicher Kapazitäten zur Terrorabwehr (siehe den Bericht vom FriEnt-Fachgespräch am 7. Oktober). Entscheidend wird hier sein, wie sich die Diskussionen innerhalb der EU entwickeln und in wie weit Großbritannien hier seine Position durchbringen kann.

Um auf der Insel zu bleiben: Die britische NRO Saferworld kritisiert, dass der Bericht starke Institutionen fordert, ohne Themen wie Rechenschaftspflicht oder Inklusivität hervorzuheben – und damit die Wirkung der SDGs auf die Menschen in den Vordergrund zu rücken. Erfreut zeigt sich Saferworld jedoch darüber, dass der Generalsekretär der Integration von Frieden und guter Regierungsführung grundsätzlich zustimmt.

Damit gäbe es nun endgültig „kein zurück“ mehr. Auch die Erwähnung von Themen wie „sozialer Kohäsion“ und „Versöhnung“ sei zu begrüßen. Allerdings hätten sie sich gewünscht, dass der Bericht auch das Thema organisierte Kriminalität in umfassenderer Weise aufgegriffen hätte.

Gesellschaftliche Transformation in Nordafrika: Ernüchterung angesichts eingeschränkter Handlungsspielräume?

Knapp 60 Teilnehmende aus Wissenschaft, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Praxis sowie Politikberatung waren einer Einladung der Evangelischen Akademie Loccum gefolgt, um unter dem Titel „Deutschland und die Arabellion“ die Frage zu diskutieren, wie Deutschland die gesellschaftliche Transformation in Nordafrika unterstützen kann. Obwohl deutlich wurde, dass Kontext und Lage in den einzelnen Ländern sich stark voneinander unterscheiden, war es doch möglich, im Tagungsverlauf Parameter zu identifizieren, die für die gesamte Region Gültigkeit besitzen.

Als zentrale Herausforderung wurde die sozio-ökonomische Situation der Länder der Arabellion benannt. Die unverändert hohe Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ungerechte Steuersysteme, fehlende oder defizitäre Sozialsysteme und Korruption im öffentlichen Sektor gefährden eine erfolgreiche gesellschaftliche Transformation. Dies gilt für Länder wie Tunesien, wo der Transformationsprozess bislang positiv verläuft, ebenso wie für Ägypten, wo derzeit eine autoritäre Restauration erfolgt. Hinzu kommt die angespannte Sicherheitslage in der Region, in welcher ein Überschwappen der Konflikte in Afghanistan, Irak, Sudan oder Libyen auf Nachbarländer nicht auszuschließen ist.

Vor dem Hintergrund der komplexen Zusammenhänge in der Region stellt sich die Frage, welche Handlungsspielräume deutsche Außen- und Entwicklungspolitik besitzt und nutzen kann. Aufgrund verschiedener Faktoren sind die „windows of opportunity“, innerhalb derer sowohl staatliche wie auch zivilgesellschaftliche westliche Akteure Einfluss ausüben können, ernüchternd klein. Das westliche Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsmodell verliert zuse-

hends an Attraktivität, während es salafistischen Akteuren gelingt, Gegenentwürfe aufzuzeigen, von welchen teils enorme Anziehungskraft ausgeht. Hierzu tragen auch Verschwörungstheorien über externe Interventionen bei, die zusätzliches Misstrauen gegenüber dem Westen schüren.

Mehrere Referentinnen und Referenten arbeiteten heraus, dass angesichts dieser Situation Kooperationsprojekte nicht mit fertigen Lösungen starten sollten. Vielmehr sollten Austausch und Dialog über Transformationsprozesse an Bedeutung gewinnen. Der spezifische Beitrag Deutschlands könne hierbei darin bestehen, eine Begleitung der Transformation mit Prozesswissen über Demokratisierungs- und Versöhnungsansätze anzubieten, da gerade Deutschland auf diesen Gebieten durch seine Geschichte über wertvolle Expertise verfügt. Darüber hinaus sollte die Arbeit mit Eliten in den Fokus rücken, da in den zumeist hierarchisch strukturierten Gesellschaften Nordafrikas die Gestaltungsmacht in ihren Händen liegt. Nur wenn auf ihrer Ebene der politische Wille zu Veränderungen entsteht, können – getragen von der Unterstützung der Zivilgesellschaft – Transformations- und Reformschritte erfolgen.

Deutsche Evaluierungspraxis: Dringender Aufholbedarf

„Deutschland liegt [...] hinter den Evaluierungsbemühungen der meisten anderen bi- und multilateralen Geber zurück [...]. Der Informationswert der vorhandenen Projektevaluierungen bleibt daher für die strategische Planung und Entscheidungsfindung und für die Steuerung des Portfolios begrenzt.“ (DEval-Bericht, S. viii).

Dieser Befund aus der „Review der Evaluierungsarbeit zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan“, die das Deutsche Evaluierungsinstitut (DEval) kürzlich vorgelegt hat, ist vermutlich Wasser auf die Mühlen derer, die gegenwärtig in den Ressorts daran arbeiten, Monitoring und Evaluierung ziviler Kriseninterventionen zu stärken. Tatsächlich bietet der DEval-Bericht einige allgemeine Einsichten, die auch für die Arbeit in anderen fragilen Staaten relevant sind.

Das DEval-Team kommt zunächst zum Schluss, dass die existierenden Projektevaluierungen in Afghanistan von recht guter Qualität sind. Allerdings fokussieren sie durchgängig auf den Output der Projekte, treffen dagegen aber kaum Aussagen zur Wirkung (Outcome oder Impact). Zunächst ist dies der Schwierigkeit geschuldet, unter extrem herausfordernden Bedingungen überprüfbare Wirkannahmen aufzustellen. Vor allem der öffentliche Druck, schnelle Erfolge präsentieren zu müssen, führt jedoch dazu, dass Evaluierungen eher zu Zwecken der Rechenschaft denn zu Lernprozessen genutzt werden.

Dass sinnvolle Überprüfungen von Projekt- und Programmwirkungen machbar sind, belegt eine Serie von Studien, die im Auftrag des BMZ durchgeführt wurden. Die Evaluatoren-Teams um Christoph Zürcher haben hier wichtige Pionierarbeiten geleistet, die im deutschen Kontext als Best Practice bezeichnet werden können. Sie setzen z.B. auf breite Haushaltsbefragungen, die von lokalen Partnerorganisati-

Weitere Informationen

Daniela Dietmayr, FriEnt
daniela.dietmayr@frient.de

Links & Literatur

[Evangelische Akademie Loccum: Deutschland und die Arabellion, Programm](#)

Weitere Informationen

Andreas Wittkowsky, ZIF/FriEnt
a.wittkowsky@zif-berlin.org

Links & Literatur

[Ein Review der Evaluierungsarbeit zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan](#)

Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit | 2014

[Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“](#)

onen durchgeführt werden, und wenden einen innovativen Mix qualitativer und quantitativer Methoden an. Damit untermauern sie Empfehlungen, wie das EZ-Portfolio strategisch auszurichten und bei hohen Sicherheitsrisiken robuster aufzustellen ist.

Die wichtigste allgemeine Empfehlung des DEval-Berichts lautet, die Erkenntnisse auf der Projektebene stärker mit der strategischen Programmebene zu verknüpfen. Hierzu wäre eine Evaluierungskultur förderlich, die aus Fehlern auch lernen möchte. Dazu lohnen sich auch Investitionen in ein Wissensmanagement, das politische Auftraggeber, Programmverantwortliche und Durchführer miteinander verknüpft.

Letztlich stellt sich auch die Frage des angemessenen Zeitpunkts von Evaluierungen. Ex-Post-Evaluierungen in einem größeren zeitlichen Abstand zur Intervention können wichtige Einsichten in grundsätzliche Programmansätze geben. Für das Lernen in der Praxis und die Anpassung des Portfolios sind programmbegleitende oder zeitnahe Schlussevaluierungen oft hilfreicher.

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

c/o GlZ, Godesberger Allee 119

53175 Bonn

Tel. +49 (0)228 24 934 343

info@frient.de

www.frient.de

www.twitter.de/FriEnt_news

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann

marc.baxmann@frient.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Homepage bestellt und abbestellt werden.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen weitestgehend verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.